

An die
Präsidentin des Nationalrats
Doris BURES
Parlament
1017 Wien

GZ: BKA-353.110/0001-I/4/2015

Wien, am 9. März 2015

Sehr geehrte Frau Präsidentin!

Die Abgeordneten zum Nationalrat Ing. Hofer, Kolleginnen und Kollegen haben am 9. Jänner 2015 unter der **Nr. 3407/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend Auswirkungen von TTIP auf den österreichischen Arbeitsmarkt gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 7:

- Ist Ihnen die Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung bekannt?
- Wenn ja, ist Ihnen bekannt, dass laut dieser Studie der mögliche Wachstumsjob einzig und allein Großkonzernen bzw. deren Aktionären zugute käme?
- Ist Ihnen die Studie der Tufts University bekannt?
- Wenn ja, ist Ihnen auch bekannt, dass laut dieser Studie 600.000 Arbeitsplätze verloren gingen?
- Welche Wirtschaftsfachleute haben Ihnen gesagt, dass es zu einer Zunahme von 800.000 Arbeitsplätzen kommen wird?
- Wie erklären Sie sich die Diskrepanz von nahezu 1,5 Millionen Arbeitsplätzen zwischen den Aussagen der Wirtschaftsfachleute, auf die Sie sich beziehen und den Autoren der oben genannten Studien?
- Ist Ihnen bekannt, dass oben genannte Studie davon spricht, dass es zu Einkommensverlusten von bis zu 5.000 Euro pro Person und Jahr kommen würde?

Mir sind die erwähnten Studien bekannt. Seit Beginn der TTIP-Verhandlungen wurde eine Reihe an Studien vorgelegt, die zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen kom-

men. Die Diskrepanz der Zahlen erklärt sich durch die unterschiedlichen Modellannahmen in den Studien.

Zu Frage 8:

- *Wenn ja, werden Sie dennoch weiterhin an TTIP festhalten?*

Am 16. Dezember 2014 bestätigte die Bundesregierung im Ministerrat, dass Österreich im Rahmen des Rates der Europäischen Union dem Mandat für die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit den USA an die Europäische Kommission zugestimmt hat. Allerdings muss das Abkommen, um einen nachhaltigen Wohlstandsgewinn für die europäischen Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten, und um sicherzustellen, dass es den demokratischen und rechtstaatlichen Prinzipien der Union und ihrer Mitgliedstaaten folgt, einige wesentliche Eigenschaften aufweisen. Diese Eigenschaften wurden in der Entschließung des Nationalrats am 24.9.2014 dargelegt und betreffen in erster Linie die Einhaltung hoher sozialer, datenschutzrechtlicher und ökologischer Mindeststandards sowie die Verhinderung einer Absenkung europäischer Standards. Ferner müssen öffentliche Dienstleistungen gegenüber den Handelspartnern der EU geschützt werden - dies bedeutet insbesondere, dass die Handlungsspielräume auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene zum Erhalt sowie Ausbau der öffentlichen Dienstleistungen bzw. der Daseinsvorsorge sicherzustellen sind.

Der Nationalrat hat weiters angeführt, dass die Sinnhaftigkeit der Aufnahme von ISDS-Klauseln bei Abkommen mit Staaten mit entwickelten Rechtssystemen (z.B. USA und Kanada) aus heutiger Sicht nicht erkennbar sei. Weitere Voraussetzungen betreffen das Thema Transparenz (siehe ad 11.) sowie die Gemischtheit des Abkommens (siehe ad 9.-10.).

Zu den Fragen 9 und 10:

- *Können Sie sich vorstellen, über TTIP die Bevölkerung zu befragen?*
➤ *Wenn nein, warum nicht?*

Die österreichische Bundesregierung setzt sich weiterhin dafür ein, dass umfassende Freihandelsabkommen wie TTIP als gemischte Abkommen klassifiziert werden. So wohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente der 28 EU-Mit-

gliedstaaten werden ein gemischtes Abkommen prüfen und letztendlich annehmen oder verwerfen.

Zu Frage 11:

- *Wann werden Sie die Bevölkerung umfassend über den genauen Inhalt dieses Vertragswerkes informieren?*

Die Europäische Kommission hat - nicht zuletzt auf Drängen der Mehrheit der Mitgliedstaaten - zunächst das Verhandlungsmandat und in weiteren Schritten auch Verhandlungspositionen der EU zu den wichtigsten Kapiteln sowie Positionspapiere veröffentlicht (siehe dazu die Webseite der Europäischen Kommission). In Österreich werden laufend Informationen zum Verhandlungsfortschritt bei TTIP vom zuständigen Minister für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft bereitgestellt.

Österreich wird sich auch weiterhin für Verbesserungen hinsichtlich der Transparenz der Verhandlungen einsetzen.

Mit freundlichen Grüßen

FAYMANN

Signaturwert	KxfB++s85NZvv84kjcNeq4aeVeK28duBF33oxkAyBkFEb9JzzU5zhIM1WYO90wclluf lzcEM7FfhHbu4mHb10zAgNKEDRMNyMHlovC1n3pBkncaWC4dxXI2vJT2l0YOyXL4TJO viCZO8h6hE8HrdaaZdO4T9d+S4pUZ6jiUccDfpbQlc9wz/1SAX1uXblGqLx3mKNi6Zm Q1R0OZdutEOjKUKRqFx6koBJ60lvVrFjiE69LP6bqlL4zTHfSJzJv8P3yN7648pU+qKv jQtB+PsbM1X0BOswki+jWQMPtV9FLpIknMwyd2gqR1h2kmY5yTgPFNYXD1ZbnPeU93j 7Ww7XkA==	
	Unterzeichner	serialNumber=812559419344,CN=Bundeskanzleramt,C=AT
	Datum/Zeit	2015-03-09T09:34:50+01:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	1026761
Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.	
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: http://www.signaturpruefung.gv.at Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: http://www.bka.gv.at/verifizierung	